

Realismus oder Utopie?

Attac Deutschland hat eine lange Geschichte mit der Frage öffentlicher Daseinsvorsorge. Unsere allererste Kampagne überhaupt richtete sich sofort nach unserer Gründung im Jahr 2000 gegen die Teilprivatisierung der Altersversorgung, die damals von Arbeitsminister Riester betrieben wurde und bis heute mit seinem Namen verknüpft ist. Unsere Kritik war damals sehr eng an eine auf die Finanzmärkte gerichtete Argumentation gebunden: Wenn, so sagten wir, die Altersversorgung – auch nur in Teilen – privatisiert wird, dann bleibt den Eignern gar keine Wahl, als die Gelder auf den Finanzmärkten gewinnbringend anzulegen. Dabei spielt es grundsätzlich keine Rolle, ob zusätzlich große Rentenfonds als Kapitalsammelstellen geschaffen werden, auch Kleinsparer bringen ihr Geld auf den Markt und stecke es nicht unter die Matratze. Aber die Finanzmärkte zeichnen sich nicht durch einen Mangel an Kapital, sondern vielmehr durch systematisch zu wenige profitable und sichere Anlagemöglichkeiten aus. Deshalb verschärft eine Rentenprivatisierung das ohnehin vorhandene Mengenproblem.

So richtig diese Argumentation war, so sehr übersahen wir damit die vordringlichen Nöte und Sorgen der Menschen. Bei unserer zweiten Kampagne zu sozialen Fragen, „Gesundheit ist keine Ware“, erlebten wir in Veranstaltungen immer wieder, dass die BesucherInnen uns erzählten, was sie beim Arzt oder im Krankenhaus erlebt hatten, wie sie behandelt worden waren, wie ihnen wichtige Informationen vorenthalten worden waren, wie sie darunter litten, sich nicht ernstgenommen zu fühlen. Wir lernten, dass man soziale Themen nicht einfach „fachpolitisch“ behandeln kann, sondern es mit lebendigen Menschen und alltäglichen Anliegen zu tun hat. Deshalb ist es uns wichtig, auch ein Thema wie das bedingungslose Grundeinkommen nicht ohne den Blick auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen zu behandeln, die auf ein solches Einkommen angewiesen wären. Deshalb würden wir uns wünschen, es könnte morgen eingeführt werden.

Genau da aber haben wir Bedenken. Wir sehen, dass die bge-Dabatte in Deutschland heute nicht von den Konzepten geprägt ist, die fortschrittliche und emanzipatorische Inhalte transportieren. Im Gegenteil, die realpolitische Szene wird von den Althaus' und Straubhaars geprägt, die das bge als staatliches Sparprogramm missbrauchen wollen. Deshalb ist es auch für Befürworterinnen einen bge unerlässlich, sich in die täglichen Kämpfe gegen Sozialabbau und Zerstörung des Sozialstaats einzubringen. Wir haben vielerlei Kritik am herkömmlichen Sozialstaat, aber dabei geht es uns immer darum, Strukturen zu erkämpfen, die den Menschen ein besseres Leben ermöglichen. Bestehende Regelungen müssen so lange verteidigt werden, wie wir etwas Besseres nicht durchsetzen können. Der Streit um Mindestlöhne und radikale Arbeitszeitverkürzung ist keine Gegensatz zur Forderung nach einem bge, sondern ihre notwendige Ergänzung. Für uns ist das auch deshalb ein untrennbarer Dreiklang, weil wir Vollbeschäftigung weder für möglich noch für erstrebenswert halten. Auch nach unserer Meinung soll jeder Mensch eine Erwerbsarbeit finden können, der das möchte. Deshalb ist Arbeitsumverteilung notwendig.

Aber grundsätzlich geht es darum, das Recht eines jeden Menschen auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum zu betonen, und zwar unabhängig davon, ob er dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht oder nicht. Dazu bleibt der Kampf um die Köpfe, um die Hegemonie in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung nach wie vor die wichtigste Aufgabe der Bewegung für ein bge. Sie muss ergänzt werden durch die Beteiligung an den Kämpfen um Sozialstaatlichkeit, wird durch sie aber nicht überflüssig. Im Gegenteil, weil wir die Durchsetzungsperspektive eines bge eher längerfristig sehen, ist beides zusammen nötig.